

DIE NEUE

SPARKLING

DIE NEUE SPALTUNG

KULTURKÄMPFE IN DER EUROPÄISCHEN POLITIK

ENDRE BORBÁTH

Die einen streben mit progressiven Ideen in eine Zukunft mit Klimaschutz, offenen Grenzen und gleichen Rechten für alle, die anderen wollen mit nationalistischer Abgrenzung zurück zur vermeintlich „guten alten Zeit“ ohne Zuwanderungsprobleme, „Genderwahn“ und einschränkende Klimaschutzmaßnahmen. Überall in Europa zeigt sich vermehrt diese Spaltung, die neuartige politische Landschaften entstehen lässt. Mit den Ursachen, Auswirkungen und Perspektiven dieser Entwicklung beschäftigt sich die Heidelberger Politikwissenschaft.

D

Die europäische Politik befindet sich im Wandel: Traditionelle „Mainstream-Parteien“, die einst große Mehrheiten erzielten und das Kernstück von Regierungskoalitionen bildeten, erleben zunehmend einen Rückgang bei den Wählerstimmen. Im Gegensatz dazu gewinnen „Herausforderer-Parteien“, insbesondere aus der radikalen Rechten, aber auch aus der radikalen Linken und grünen Formationen, an Einfluss. Wie sollen wir diese Entwicklungen interpretieren? Erleben wir die Auswirkungen kurzfristiger Schwankungen, wie Proteste gegen ungeeignete Regierungskonstellationen sie darstellen, oder wurzelt dieser Trend in einem tiefgehenden strukturellen Wandel?

Bedeutungsverlust der „klassischen“ Spaltungspolitik

Während der Blütezeit der Mainstream-Parteien in den 1960er- und 1970er-Jahren, vor dem Aufstieg von Herausforderer-Parteien, wurde die europäische Politik oft als Spaltungspolitik beschrieben: Sozialdemokratische Parteien appellierten an das Klassenbewusstsein, während christdemokratische Parteien Unterstützung von sozioökonomisch besser gestellten und religiös orientierten Gruppen erhielten. Wirtschaftliche Debatten konzentrierten sich auf Regulierungen, und der Wohlfahrtsstaat spielte eine zentrale Rolle im Wettbewerb der Parteien. Diese waren nur ein Element eines größeren Netzes von Organisationen, die das Leben der Menschen prägten, von Bildungseinrichtungen bis hin zu Gewerkschaften. Wichtiger noch: Politische Maßnahmen und Mobilisierung richteten sich hauptsächlich auf nationale Wahlinteressen, während transnationale Verbindungen kaum eine Rolle spielten.

Diese „klassische“ Spaltungspolitik, die sich an wirtschaftspolitischen Positionen orientierte, verliert mittlerweile zunehmend an Bedeutung und macht einer neuen thematischen Kluft Platz. Ein wichtiger Faktor dafür ist die Globalisierung mit ihren sozioökonomischen Auswirkungen, die zu einem strukturellen Wandel führen. Der Aufstieg globaler Produktionsketten, des Handels und der transnationalen Migration brachte neue Themen in die Politik ein. Die Präferenzen der Wähler:innen zu diesen Themen stimmen jedoch häufig nicht mit den etablierten Konfliktlinien überein, die die traditionelle Parteienlandschaft gliederten. Um in einer globalisierten Wirtschaft wettbewerbsfähig zu werden oder zu bleiben, sind

Fähigkeiten und Arbeitsplätze erforderlich, die sich von denen in einer nationalen Wirtschaft unterscheiden. Sowohl die Gewinner:innen der Globalisierung, beispielsweise sozio-kulturelle Fachkräfte, als auch die Verlierer:innen, etwa manuelle Arbeiter:innen, fühlen sich stärker zu den programmatischen Positionen von Herausforderer-Parteien hingezogen als zu denen der Mainstream-Parteien – die Gewinner:innen eher zu den linken und die Verlierer:innen eher zu den rechten Herausforder-Parteien. So entsteht eine neue, quer verlaufende politische Dimension, die sich von den traditionellen wirtschaftlichen Debatten unterscheidet – stattdessen spalten nun zunehmend sogenannte kulturelle Themen, bei denen es um Fragen von Offenheit und Abgrenzung geht, die bisherige Wählerschaft der Mainstream-Parteien.

Die Art und Weise, wie sich diese entstehende Konfliktlinie manifestiert, hängt stark von nationalen Charakteristika ab, insbesondere vom Ausmaß, in dem ein Land den Kräften der Globalisierung ausgesetzt ist. Einige osteuropäische Länder, denen starke Wohlfahrtsstaatstrukturen fehlen, um Kompensationen für die Verlierer:innen dieser Transformation zu schaffen, stehen an der Spitze dieser Entwicklung, wobei Ungarn und Polen eine führende Rolle einnehmen. Dieser Trend ist jedoch nicht auf die postkommunistische Region beschränkt; die Schweiz und Frankreich beispielsweise haben lang etablierte radikal rechte Kräfte. Obwohl Deutschland eher als Nachzügler beschrieben werden kann, entwickeln sich auch hier mit der Etablierung der AfD und dem jüngsten Aufstieg des BSW Optionen für die Verlierer:innen der Globalisierung, politische Repräsentation zu erlangen.

Drei gemeinsame Merkmale

Eine zentrale Frage ist, ob man die laufende Transformation der Parteienlandschaft durch die Linse der Entstehung von Konfliktlinien verstehen kann – wenn ja, würde dies darauf hindeuten, dass sie auf einer tiefgehenden Verschiebung der sozial-politischen Struktur beruht statt auf kurzfristigen Reaktionen auf aktuelle Probleme. In mehreren Forschungsprojekten und Publikationen, die ich gemeinsam mit Kolleg:innen am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und am Europäischen Hochschulinstitut durchgeführt und verfasst habe, haben wir argumentiert, dass in der Tat eine Perspektive der Entstehung einer neuen Konfliktlinie anwendbar ist. Der Aufstieg sogenannter „kultureller“ oder „woker“ Themen ist nicht das Ergebnis isolierter Fälle, deren Akteur:innen versuchen, über Provokation der Öffentlichkeit Punkte zu sammeln, sondern er stellt eine gut differenzierte Dimension des Wettbewerbs dar, die den Wunsch bestimmter sozialer Gruppen nach Anerkennung und politischer Repräsentation anspricht.

Trotz nationaler und zeitlicher Unterschiede gibt es drei Merkmale, die einen roten Faden bilden und den aktuellen Prozess der Spaltungsbildung kennzeichnen: Erstens die zunehmende Bedeutung einer Reihe gut identifizierter, hoch polarisierender Themen. Zweitens kombinieren die Akteur:innen, die an der

„Sogenannte kulturelle Themen, bei denen es um Fragen von Offenheit und Abgrenzung geht, spalten nun zunehmend die bisherige Wählerschaft der Mainstream-Parteien.“

Spitze der Mobilisierung der neuen Spaltung stehen, Protest- und Wahlmobilisierung und verwischen dabei die Grenzen zwischen diesen beiden Arenen. Drittens ist der Aufstieg der neuen Konfliktlinie in spezifischen, soziologisch differenzierten Milieus verwurzelt, die ihre soziale Basis bilden. Im Folgenden werde ich diese drei Merkmale nacheinander beschreiben.

Themen der neuen Spaltung

Die Mobilisierung über sogenannte kulturelle Themen spielt bei der neuen Spaltung eine Schlüsselrolle, wobei zwei Themen hervorstechen: Einwanderung und europäische Integration. Obwohl diese beiden Politikbereiche starke wirtschaftliche Implikationen haben, wurden sie hauptsächlich als kulturelle Themen mobilisiert. Weniger Einwanderung und weniger europäische Integration sind zentrale Themen der radikalen Rechten, die von neuen linken (grünen) Parteien stark abgelehnt und von Mainstream-Parteien traditionell vermieden werden. Ergänzt werden diese beiden Themen von der Geschlechterthematik, die eine wachsende Bedeutung hat und die besonders in Mittel- und Osteuropa eine starke Rolle bei der Strukturierung des Parteienwettbewerbs spielt. Ein Beispiel ist die Debatte über die Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele in Paris, bei der eine Performance, die die Vielfalt der Menschen feiern sollte, als Blasphemie und „Transgenderwahn“ kritisiert wurde. In der postkommunistischen Region wird die Mobilisierung von Geschlechterthemen oft mit ausschließenden Überzeugungen verknüpft, die häufig mit religiösen Werten begründet werden.

Der Klimawandel stellt ein viertes Thema dar, das, wie unsere Forschung zeigt, derzeit als kulturelles Thema mobilisiert wird, im Gegensatz zu Einwanderung, europäischer Integration und Geschlecht jedoch letztlich als wirtschaftliches Thema mobilisiert werden könnte. Eine Seite wird von einer zunehmend fragmentierten grünen Front vertreten, die aus grünen Parteien und neuen linken Sozialdemokrat:innen besteht. Die andere Seite wird von der radikalen Rechten vertreten, die in verschiedenen Kontexten gegen die Kosten der Erreichung von Netto-Null-Emissionen mobilisiert. Ohne starke Ausgleichsmechanismen schaffen die Kosten der erforderlichen Transformation zur Reduzierung der CO₂-Emissionen Gewinner:innen und Verlierer:innen mit stark unterschiedlichen wirtschaftlichen Profilen. Diese Dynamik könnte dringlicher werden, wenn sich das Tempo der erforderlichen Transformation beschleunigt. Daher ist es noch zu früh, um zu bestimmen, wie das Thema Klimawandel in die breitere Transformation der Konfliktlinien einfließen wird. Dennoch veranschaulicht die politische Dynamik rund um das Thema den Prozess der Spaltungsbildung, bei dem Akteur:innen beider Seiten für ihre Sichtweisen mobilisieren und sich zunehmend In- und Out-Group-Identitäten verfestigen – „wir gegen die“.

Interaktionen zwischen Protest und Wahlen

Herausforderer-Parteien, die die Themen der neuen Spaltung politisieren, gehen auch in organisatorischer Hinsicht andere Wege als Mainstream-Parteien: Im Gegensatz zu ihrer

Konkurrenz kombinieren sie Protest- und Wahlmobilisierung. Grüne, radikal linke und radikal rechte Parteien beteiligen sich regelmäßig an Protestpolitik, indem sie beispielsweise Demonstrationen organisieren. Sie entwickeln auch Verbindungen zu bestehenden zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ähnlich wie die historische Partnerschaft zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien bilden Herausforderer-Parteien Allianzen mit gleichgesinnten Organisationen und verlassen sich auf deren Unterstützung für Mobilisierung, ideologische Erneuerung und die Rekrutierung von Parteipersonal.

Obwohl Protest und Zivilgesellschaft lange als Arenen der Linken galten, beteiligen sich auch radikal rechte Parteien an der Protestpolitik. In Deutschland spielte Protest eine Schlüsselrolle bei der Entstehung aller neuen Parteien seit den 1980er-Jahren: Beispiele reichen von der entscheidenden Rolle neuer sozialer Bewegungen bei der Entstehung der Grünen über die sogenannten Montagsdemonstrationen bei der Gründung der WASG und der späteren Partei Die Linke bis hin zur Rolle von Pegida bei der Festigung des radikal rechten Kurses der AfD und zuletzt der Wagenknecht-Schwarzer-Demonstration bei der Mobilisierung der Unterstützung für den Start des BSW. Zudem waren Allianzen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen auch für die spätere Entwicklung von Herausforderer-Parteien von entscheidender Bedeutung, wie die aufgedeckten Verbindungen zwischen der AfD und der Identitären Bewegung zeigen.

Nicht alle diese Verbindungen sind dauerhaft oder institutionalisiert. Oft passen Parteien ihre Marke an, um Bewegungspolitik anzusprechen, ohne eine organisatorische Transformation durchlaufen zu müssen. Angeblich verlassen sich Parteien auf diese Taktiken in der Hoffnung, größeren Wahlerfolg zu erzielen, obwohl die empirischen Beweise für den Erfolg der Anpassung an Bewegungsmarken unklar sind. Aus der Perspektive der Zivilgesellschaft bergen Interaktionen mit der Wahlpolitik das Risiko der Politisierung. In einigen Fällen, wie bei Dienstleistungsanbietern oder Wohltätigkeitsorganisationen, könnte die damit einhergehende Polarisierung die Fähigkeit der Organisation untergraben, ihre Ziele zu erreichen.

Soziale Basis der neuen Spaltung

Aus soziologischer Perspektive ist die neue Spaltung in Unterschieden bei Beruf, Bildungsniveau, Geschlecht und Generation verwurzelt, wobei die Faktoren Beruf und Bildung die bedeutendste Rolle spielen. Mit dem technologischen Wandel und einem zunehmend spezialisierten Arbeitsmarkt wird die sogenannte Mittelschicht nach Einkommen und Arbeitslogik differenziert – Letztere bezieht sich auf den Inhalt der Arbeit, wobei der politisch folgenreichste Unterschied zwischen Berufen besteht, die mit anderen Menschen zu tun haben, und solchen, die mit Maschinen arbeiten. Selbst wenn ihre Einkommen ähnlich sind, wählen diejenigen

in der ersten Gruppe eher Parteien, die die Gewinner:innen der Globalisierung repräsentieren, während diejenigen in der zweiten Gruppe eher Parteien wählen, die die Verlierer:innen der Globalisierung repräsentieren.

Neben dem Beruf spielen sowohl das Bildungsniveau als auch das Fachgebiet eine unabhängige Rolle, wie neue empirische Belege zeigen. Wer in Bereichen studiert hat, die technische Fähigkeiten fördern (beispielsweise Ingenieurwesen), wählt eher radikal rechte Parteien – im Gegensatz dazu wählen diejenigen, die in Bereichen studiert haben, die kulturelle und kommunikative Fähigkeiten fördern, eher neue linke und grüne Parteien. Hinsichtlich der Geschlechterzugehörigkeit wählen männliche Personen eher radikal rechte Parteien, während weibliche Personen eher grüne Parteien bevorzugen. Jüngere Menschen neigen generell dazu, Herausforderer-Parteien zu wählen, während ältere Menschen eher Mainstream-Parteien bevorzugen.

Es ist wichtig zu betonen, dass es sich bei diesen Faktoren um probabilistische Trends handelt: Sie führen nicht zu vorbestimmten Ergebnissen, sondern sie erhöhen nur die Wahrscheinlichkeit, die genannten Präferenzen in Bezug auf die Themen der neuen Spaltung zu bilden und danach zu handeln.

Zukünftige Szenarien

Ein bedeutsamer Punkt ist die Haltung der Parteien der neuen Spaltung zur demokratischen Ordnung. Viele radikal rechte Parteien neigen besonders dazu, die liberalen Bestandteile der zeitgenössischen Demokratien infrage zu stellen, insbesondere das System der Checks and Balances und Minderheitenrechte. Eine entscheidende Rolle spielt in dieser Hinsicht die Frage, ob diese Parteien in der Regierung sind und ob sie in diesem Fall allein oder als Teil einer Mehrparteienkoalition regieren. Ein mahnendes Beispiel dafür liefert Ungarn mit einer radikal rechten Einparteienregierung, die das Wahlsystem und das institutionelle Design so verändert hat, dass ein Regierungswechsel sehr unwahrscheinlich geworden ist. In anderen Ländern, in denen radikal rechte Parteien als Teil einer Koalition regiert haben, wie in Österreich oder Italien, war die Bedrohung der Wahldemokratie eher begrenzt. Es bleibt abzuwarten, wie institutionelle und historische Vermächtnisse dieses Ergebnis beeinflussen und wie widerstandsfähig sogenannte etablierte Demokratien gegenüber der Bedrohung von rechts bleiben.

Bei der umfassenderen Frage nach der Vereinbarkeit der neuen Spaltung mit der liberalen Demokratie hängt viel davon ab, wie die neuen und bestehenden Spaltungen miteinander agieren. Während einige argumentieren, dass die Bedeutung der Themen der neuen Spaltung nur vorübergehend ist und die neue Kluft unbedeutender werden wird, halte ich dies für höchst unwahrscheinlich. Hält die neue Spaltung an, könnte sie entweder mit dem bestehenden

NEW CLEAVAGES

CULTURE WARS IN EUROPEAN POLITICS

ENDRE BORBÁTH

European politics is undergoing a significant transformation, characterised by the decline of mainstream parties and the rise of challenger parties, particularly on the radical right, but also among radical left and green formations. These developments reflect a deeper structural shift, rather than short-term reactions, rooted in the socio-economic impact of globalisation. The structural change is described as a process of cleavage formation, in which traditional cleavages centred on class and religion are being replaced by a new, cross-cutting divide.

So-called cultural issues such as immigration, European integration, gender and climate change are driving this transformation as they have become central to political mobilisation. Preferences on these issues are splitting the electorates of mainstream parties and allowing new challengers to enter party competition. The emerging cleavage is driven by issue-specific mobilisation around these highly salient cultural conflicts, the innovative strategy of challenger parties to combine protest and electoral mobilisation, and the demand for representation of social groups sociologically differentiated by occupation, education, gender, and age.

The evolving political landscape raises concerns about the impact of the cleavage transformation on liberal democracy, particularly regarding the radical right's challenge to democratic norms and the strategic responses of centre-right parties. The persistence of these new political cleavages could either coexist with or replace traditional left-right competition, significantly influencing the resilience of democratic institutions. ●

JUNIOR PROF. DR ENDRE BORBÁTH joined Heidelberg University's Institute of Political Science in February 2024 as Junior Professor of Empirical-Analytical Participation Research. He previously held a postdoc position at the Center for Civil Society Research, a joint initiative of FU Berlin and the Berlin Social Science Center, which he continues to support as a visiting scholar. His research interests are the dynamics of electoral contests and protest politics in Western and Eastern Europe.

Contact: endre.borbath@ipw.uni-heidelberg.de

“The traditional electorates of mainstream parties are increasingly divided by so-called cultural issues dealing with questions of integration vs. demarcation.”

(wirtschaftlichen) Links-Rechts-Parteienwettbewerb in einer zweidimensionalen Struktur koexistieren oder traditionelle Muster des Parteienwettbewerbs in einer neuen eindimensionalen Kluft vollständig ersetzen. Eine Schlüsselrolle spielt in dieser Hinsicht die Wahlstrategie der Mitte-Rechts-Parteien: Wenn diese die radikale Rechte ablehnen, bleibt die bestehende dreieckige Struktur erhalten, wobei die radikale Rechte von einem linken Pol und den Mitte-Rechts-Parteien abgelehnt wird. Wenn Mitte-Rechts-Parteien radikal rechte Diskurse normalisieren und integrieren, wird der Parteienwettbewerb bipolar, mit

einem linken Pol, der von der Rechten bekämpft wird. Meiner Ansicht nach ist die Bedrohung der liberalen Demokratie unter diesen Bedingungen am größten, da radikal rechte Ideen dann in das Programm einer der beiden großen Partei-Alternativen integriert werden und so zwangsläufig als Teil von Regierungsprogrammen in den Entscheidungsprozess einfließen. Wahrscheinlich sehen wir die deutlichsten Anzeichen dieses Szenarios im Zwei-Parteien-System der USA. Wie sich dies jedoch in europäischen Verhältniswahlssystemen entwickeln wird, bleibt eine offene Frage. ●

„Aus soziologischer Perspektive ist die neue Spaltung in Unterschieden bei Beruf, Bildungsniveau, Geschlecht und Generation verwurzelt, wobei die Faktoren Beruf und Bildung die bedeutendste Rolle spielen.“



JUNIORPROF. DR. ENDRE BORBÁTH ist seit Februar 2024 Juniorprofessor für Empirisch-Analytische Partizipationsforschung am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg. Zuvor arbeitete er als Postdoktorand am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung, einer gemeinsamen Initiative der FU Berlin und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, wo er weiterhin als Gastwissenschaftler tätig ist. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Dynamiken des Wahlwettbewerbs und der Protestpolitik in West- und Osteuropa.

Kontakt: endre.borbath@ipw.uni-heidelberg.de